



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/05/2013
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 25.09.2013
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Gewaltprävention
Bericht über das Projekt "Kurve kriegen"
5. Bericht des Arbeitskreises Sexualpädagogik und Aids-Prävention
6. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
7. Bezuschussung der Trägeranteile freier Träger von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 0895/2013
8. Planungskonzept Mehrgenerationenspielplatz Weizenkamp/ Grundschule Bo-
loh
Vorlage: 0426/2013
9. Stellenplan 2014/2015 für den Fachbereich Jugend und Soziales und das
JobCenter Hagen
Vorlage: 0828/2013
10. Umsetzung des Spielgerätes "Seilzirkus"
Vorlage: 0904/2013
11. Konzeptüberlegungen zur Weiterführung der Schulsozialarbeit in Hagen
Vorlage: 0894/2013



12. Antrag des Kinderschutzbundes auf einen Zuschuss in Höhe von 30.000 € für eine offene und integrative Kinder- und Jugendarbeit für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung (Inklusion) zur Verbesserung Ihrer Freizeitsituation
Vorlage: 0798/2013
13. Geschäftsbericht 2012 des Fachbereichs Jugend und Soziales
Vorlage: 0534/2013 – **Zweite Lesung**
14. Jahresberichte der Träger der Jugendhilfe
Vorlage: 0560/2013 - **Zweite Lesung**
15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



II. Nichtöffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Bestellung des Jugendamtsleiters
3. Auftragsvergabe! Vergabe der Trägerschaft für die Kindertageseinrichtungen
Salzburger Straße 14 und Hüttenplatz 4
Vorlage: 0900/2013
4. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung nach der Sommerpause. Er schlägt vor, die an sich für heute geplante Besichtigung des Kesselhauses auf die Dezember-Sitzung zu verschieben. Dann könne man das mit der Verabschiedung des Jugendamtsleiters Herrn Steuber verbinden.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Er stellt fest, dass die Tagesordnung unverändert so bestehen bleibt.

2. Mitteilungen

Herr Steuber erklärt, dass es sicher interessant sei, zu erfahren, wie viele Bürger das Betreuungsgeld für ihre Kinder ab dem 01.08.2013 beantragt hätten. Das seien rund 90 Familien. Das sei bis dato keine hohe Zahl. Es gebe eine wöchentliche Statistik des Versorgungsamtes Dortmund.

Weiterhin berichtet er über eine Mitteilung des Städtetages bezüglich der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes NRW in Sachen Realisierung des Rechtsanspruchs eines Betreuungsplatzes entweder in Kindertageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege. Hierbei habe sich das Oberverwaltungsgericht auch mit der Frage beschäftigt, ob die Kindertagespflege eine adäquate Alternative sei. Hierbei sei festgestellt worden, dass die Kindertagespflege eindeutig eine gleichwertige Alternative sei. Außerdem sei die Frage der Zumutbarkeit der Wegstreckenentfernung erörtert worden. Dem Urteil sei zu entnehmen, dass eine Wegstrecke von einer halben Stunde mit öffentlichen Verkehrsmitteln zumutbar sei.

Herr Dr. Schmidt ergänzt, dass der Städtetag darüber informiert habe, dass in vielen Städten Tagesmütter Zuzahlungen verlangten. Daher verlangten einige Eltern von der Kommune die Erstattung dieses Differenzbetrages. Es gebe wohl inzwischen Bescheide vom Land, die in diesen Fällen, in denen eine Zuzahlung verlangt werde, die Gleichwertigkeit Kindertagesstätte und Tagesmütter verneinten. Im neuen KiBiz solle ein Zuzahlungsverbot verankert werden. Es handele sich um eine äußerst schwierige Materie.



Herr Goldbach berichtet, dass das vom Bund finanzierte Projekt „Regionales Übergangsmanagement Schule und Beruf“ planmäßig zum 31. August ausgelaufen sei. Es habe sich gelohnt. Man mache mit dem Landesprogramm nahtlos weiter.

Weiterhin informiert er über den Stand der „Suchtberatung unter einem Dach“.

Er weist auf eine Ausstellung zum Thema Kinderschutz hin, die zeitgleich unten im Rathaus eröffnet werde.

An der Hauptschule Remberg finde heute Abend außerdem eine Veranstaltung des „Kommunalen Integrationszentrums“ statt, bei der Hagener Schüler ein Buch veröffentlichten.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf die Mitteilung von Herr Steuber zum Thema Betreuungsgeld. Er fragt, ob Herr Steuber einen Überblick darüber habe, wie viele Kinder, die einen Anspruch hätten, sich derzeit in einer Kindertageseinrichtung befänden. Außerdem würde ihn die Zahl derer interessieren, die einen Anspruch auf Betreuungsgeld hätten, weil sich ihre Kinder derzeit nicht in einer Kindertageseinrichtung befänden, die aber kein Betreuungsgeld beantragt hätten.

Herr Steuber erwidert, dass die Frage nicht an Ort und Stelle beantwortet werden könne. Er gehe aber davon aus, dass man das ermitteln könne.

Herr Dr. Brauers nennt weitere Voraussetzungen für die Beantragung des Betreuungsgeldes. Es handele sich daher um einen kleinen Kreis von Kindern, die für die Bewilligung des Betreuungsgeldes in Frage kämen.

Stellungnahme der Verwaltung:

„Bis zum 30.9.2013 lagen für Hagen 111 Anträge auf Betreuungsgeld im gemeinsamen Versorgungsamt der Städte Dortmund, Bochum und Hagen vor. Betreuungsgeld kann beantragt werden für Kinder, die

- a) nach dem 31.7.2012 geboren sind,
- b) älter sind als 14 Monate (das Gesetz definiert nur ganz wenige Ausnahmefälle hiervon) und
- c) jünger sind als 3 Jahre.

Aus a) und b) folgt, dass bis zum 30.9.2013 noch für (fast) kein Kind Betreuungsgeld gezahlt wurde. Erst ab Oktober 2013 werden für die ersten Kinder die Zahlungen aufgenommen. In 2014 und 2015 wird der Fachbereich 55 dem JHA stichtagbezogen mit der Zahl der

- 14 bis 36 Monate alten Kinder in Hagen,
- 14 bis 36 Monate alten Kinder in einer Kita bzw in Kindertagesbetreuung und
- Kinder, für die Betreuungsgeld gezahlt wird

einen Überblick geben über die Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes.“



Frau Burghardt lädt die Anwesenden zur 40-Jahr-Feier des Kinderschutzbundes Hagen ein, die am 04. 12.2013 im Sparkassenkarree stattfindet.

3. **Anliegen der Jugendräte**

Frau Zejewski und Frau Haxhnikaj berichten über die Anliegen der Jugendräte.

Sie weisen auf die heutige Ausstellung im Rathaus zum Thema Kinderarbeit hin und schildern die Spielplatzsituation in Delstern.

Der Weltkindertag, an dem der Jugendrat sich stark beteiligt habe, sei sehr erfolgreich gewesen. Der Erlös, der über 1.000 € betragen habe, gehe an ein gemeinnütziges Projekt in Südafrika.

Der gesamtstädtische Jugendrat plane am 06. November eine Fahrt nach Brüssel. Man wolle sich dort mit den EU-Bürgerrechten beschäftigen.

4. **Gewaltprävention** **Bericht über das Projekt "Kurve kriegen"**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Grohmann berichtet über das Projekt „Kurve kriegen“ (**siehe Anlage zu TOP 4**).

Herr Goebels ergänzt die Ausführungen.

Herr Grohmann beantwortet Fragen von Herrn Strüwer und Frau Klos-Eckermann.

Herr Strüwer bedankt sich bei Herrn Grohmann für den Vortrag und wünscht weiterhin viel Erfolg für sein Projekt.

5. **Bericht des Arbeitskreises Sexualpädagogik und Aids-Prävention**

Herr Rau berichtet zum Thema Sexualpädagogik und Aids-Prävention (**siehe Anlage zu TOP 5**).



Abschließend bittet er darum, die Aids-Hilfe in kommunale Kommunikationsverteiler aufzunehmen. Es sei in den letzten zwei Jahren aufgefallen, dass man offensichtlich von Informationen des Landesjugendamtes abgeschnitten sei.

Er wünsche sich, dass der Jugendhilfeausschuss Einrichtungen und Beratungsstellen, die mit jungen Menschen zu tun hätten, darauf hinzuweisen, dass es einen Arbeitskreis Sexualpädagogik in Hagen gebe.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass die Frage nach dem Informationsbedürfnis- und Austausch relativ leicht gelöst werden könne. Man könne die entsprechenden Organisationen mindestens nachrichtlich bei der AG 1 und AG 5 (Kooperation Jugendhilfe / Schule und Jugendarbeit) aufnehmen.

Herr Strüwer ergänzt, es gebe auch beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe die Koordinierungsstelle Sucht, die in dem Zusammenhang auch Hauptansprechpartner in dem Bereich sei. Er sei gern bereit, dort behilflich zu sein.

Er bedankt sich bei Herrn Rau für den Vortrag und wünscht weiterhin viel Erfolg bei seiner Arbeit.

6. **Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte berichtet über den aktuellen Stand der Kindertageseinrichtungen.

Herr Strüwer möchte wissen, ob es in Kindertageseinrichtungen freie Plätze gebe.

Diese Frage wird von Frau Versteeg-Schulte verneint.

7. **Bezuschussung der Trägeranteile freier Träger von Kindertageseinrichtungen Vorlage: 0895/2013**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber erläutert die Vorlage.

Frau Versteeg-Schulte und Frau Haack beantworten eine Frage von Herrn Reinke.

Herr Strüwer stellt fest, dass man ein Grundproblem habe.
Man habe einerseits einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.



Auf der anderen Seite sei die Kindergartenfinanzierung de facto anders als die Gesetzeslage. Es gebe eine klare Regelung, wie hoch Trägeranteile zu sein hätten. Man stelle aber fest, dass die Träger offensichtlich nicht mehr in der Lage seien, das allein zu stemmen. Außer der Stadt sei niemand bereit, einzuspringen, um den Rechtsanspruch umsetzen zu können.

Er persönlich glaube, dass diese Fragestellung, dass die Realität der Förderungslandschaft nicht mehr mit den gesetzlichen Voraussetzungen übereinstimme, ein zentrales Thema für die weitere Umgehensweise mit den KiBiz werden müsse.

Außerdem befinde man sich in einer sehr schwierigen Situation, wenn man hier nur Jahr für Jahr Zuschussentscheidungen mit den Trägern vereinbare.

Seine Bitte sei, diese Problematik über den Städtetag zum Ausdruck zu bringen. Des Weiteren bittet er, verstärkter darauf zu setzen, in große Verbünde zu kommen und dann mit der Stadtverwaltung zu Vereinbarungen zu kommen, die über ein Jahr hinausgingen.

Er bittet die Verwaltung in diesem Zusammenhang, darüber nachzudenken, inwieweit man zu gemeinsamen Verträgen kommen könne, die über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren gingen. Das habe es in der Vergangenheit auch schon gegeben. Das bringe Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Herr Feldhaus und Herr Koslowski erklären sich für befangen und nehmen nicht an der Abstimmung teil.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen stimmt der Aufstockung der Zuschüsse zu den Trägeranteilen der freien Träger von Kindertageseinrichtungen für das Kindergartenjahr 2013/2014 auf 891.000 € zu.
2. Der Umfang der Zuschüsse für die folgenden Kindergartenjahre wird im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung jährlich festgelegt und dem Rat der Stadt Hagen zur Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	3		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 11
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0



8. Planungskonzept Mehrgenerationenspielplatz Weizenkamp/ Grundschule Bohl
Vorlage: 0426/2013

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert das Planungskonzept.

Eine Diskussion zu dem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Planungskonzept zum Umbau des Kinderspielplatzes Weizenkamp zu einem Mehrgenerationenspielplatz wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

9. Stellenplan 2014/2015 für den Fachbereich Jugend und Soziales und das Job-Center Hagen
Vorlage: 0828/2013

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Fischer erläutert den Stellenplan.



Herr Strüwer schlägt vor, den Beschlussvorschlag neu zu formulieren, so dass er statt einer Kenntnisnahme eine Zustimmung beinhaltet.

Frau Fischer beantwortet Fragen von Frau Klos-Eckermann und Herrn Reinke.

Herr Goldbach beantwortet eine Frage von Herrn Reinke zur Schulsozialarbeit.

Herr Strüwer stellt fest, dass man sich darüber einig sei, dass Schulsozialarbeit weiter gehen müsse. Wenn bei den weiteren politischen Gesprächen zu erwarten sei, dass Stellen von Bund oder Land wieder genehmigt würden, sei es doch problemlos, diese Koordinierungsstelle aus diesem Topf zu finanzieren und stellenplanmäßig zu einer pekuniären Entlastung zu kommen.
Er fragt, ob die Verwaltung diese Einschätzung teile.

Diese Frage wird von Herrn Steuber bejaht.

Herr Dr. Brauers erläutert die Stellenausweitungen zum gemeinsamen Versorgungsamt. Diese würden refinanziert.

Herr Strüwer stellt abschließend fest, dass der Stellenplan keine übermäßigen Ausweitungen beinhaltet und stellt den neu formulierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

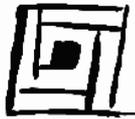
Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Stellenplan 2014/2015 für den Fachbereich Jugend und Soziales und das JobCenter Hagen zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



10. Umsetzung des Spielgerätes "Seilzirkus"
Vorlage: 0904/2013

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erläutert den Hintergrund der Vorlage.

Er empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Beschluss:

Dem Beschluss der BV Hohenlimburg vom 04.09.2013, das Spielgerät „Seilzirkus“ vom ehemaligen Spielplatz Bahnstraße auf den Schulhof des Gymnasiums Hohenlimburg umzusetzen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

11. Konzeptüberlegungen zur Weiterführung der Schulsozialarbeit in Hagen
Vorlage: 0894/2013

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Konzeptüberlegungen.

Herr Reinke bedankt sich bei Herrn Goldbach. Er wolle das unterstützen und finde es erfreulich, dass in dem ersten Vorschlag Grundschulen benannt seien.



Er berichtet von einem Termin, an dem er eine Klasse für Seiteneinsteiger gesehen habe. Er fragt, ob ihm jemand etwas dazu sagen könne.

Herr Goldbach macht deutlich, dass das ein anderes Thema sei. Er beschreibt die neue Initiative.

Frau Klos-Eckermann bedankt sich für die schnellen und konstruktiven Vorschläge der Verwaltung. Sie hoffe auf die politische Entwicklung. Man müsse auch bezogen auf den Haushalt in den nächsten Jahren wachsam sein, damit eine solch wichtige Maßnahme nicht wegbreche.

Herr Strüwer schlägt vor, den letzten Satz der vorliegenden Beschlussvorschlag dahingehend zu erweitern, dass neben der Beratung auch eine Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses enthalten sei.

Herr Steuber möchte im Zusammenhang mit der Finanzierung darauf hinweisen, dass in dem Haushaltsplanentwurf 2014/2015, der jetzt eingebracht und beraten werde, die Beträge für „Frühe Hilfen“ und „Ausbau der präventiven Unterstützungsmaßnahmen in dieser Stadt“ vorgesehen seien. Aus dieser Summe würde der erforderliche Betrag entnommen. Das bedeute Sicherheit unter dem Vorbehalt, dass der Rat der Stadt Hagen den Haushaltsplanentwurf entsprechend beschließe.

Herr Strüwer bedankt sich für den Hinweis und stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, das vorgeschlagene Konzept sowie die Standorte mit der Schulaufsicht, den Schulen sowie der AG 5 „Jugendhilfe und Schule“ gem. § 78 SGB VIII abzustimmen. Das Ergebnis wird dem Schulausschuss und dem Jugendhilfeausschuss zur abschließenden Beratung **und Beschlussfassung** vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitarbeiter	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0



12. Antrag des Kinderschutzbundes auf einen Zuschuss in Höhe von 30.000 € für eine offene und integrative Kinder- und Jugendarbeit für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung (Inklusion) zur Verbesserung Ihrer Freizeitsituation

Vorlage: 0798/2013

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer bittet die Antragstellerin Frau Burghardt, ihren Antrag zu erläutern.

Frau Burghardt kommt dieser Bitte nach.

Herr Strüwer macht deutlich, dass die in dem Antrag formulierte gesetzliche Grundlage der Finanzierung strittig sei. Seine Erfahrungen bei Verhandlungen mit der Kommunalaufsicht hätten gezeigt, dass diese das Thema sicher anders bewerten würden. Die Diskussion dieser Thematik und des Antrages im Zusammenhang mit dem neuen Kinder- und Jugendförderplan sei sicher die richtige Lösung. Er fragt Frau Burghardt, ob sie mit dieser Lösung einverstanden sei.

Frau Burghardt ist mit dem Vorschlag einverstanden und zieht den Antrag zurück.

Herr Fischer ist der Meinung, dass es wichtig sei, das Thema Inklusion im neuen Kinder- und Jugendförderplan aufzugreifen.

Herr Reinke schlägt vor, den Antrag des Kinderschutzbundes im zweiten Satz des Beschlussvorschlages mit einzufügen.

Da Frau Burghardt ihren Antrag zurückgezogen hat, entfällt der erste Satz des Beschlussvorschlages.

Mit diesem Verfahren sind alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Herr Strüwer lässt über den veränderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema Inklusion **und den Antrag des Kinderschutzbundes** in der Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen des Jugendförderplan 2015 – 2020 aufzugreifen und mit der AG gem. § 78 SGB VIII abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	1		
FDP	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		



Einstimmig beschlossen

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

**13. Geschäftsbericht 2012 des Fachbereichs Jugend und Soziales
Zweite Lesung
Vorlage: 0534/2013**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer fragt, ob es zu dem Geschäftsbericht noch weitere Nachfrage gebe.

Er stellt fest, dass es keine weiteren Nachfragen gibt und bedankt sich für das hervorragende Werk der Verwaltung.

Beschluss:

Der Geschäftsbericht 2012 des Fachbereiches Jugend und Soziales wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

**14. Jahresberichte der Träger der Jugendhilfe
Zweite Lesung
Vorlage: 0560/2013**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer fragt, ob es weitere Nachfrage oder Vorschläge gebe, welcher Träger seine Arbeit hier im Ausschuss vorstellen könne.

Er erinnert daran, dass eine Überlegung gewesen sei, dass die evangelische Jugend Hagen im Zusammenhang mit der dort bestehenden Jugendarbeit in den Elbershallen berichte.

Herr Reinke schlägt vor, dass die Beratungsstelle Zeitraum ihre Arbeit vorstelle.



Herr Strüwer betont, dass auch weitere Vorschläge in der nächsten Zeit gemacht werden könnten und schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Frau Biedermann möchte wissen, ob im letzten beitragsfreien Kindergartenjahr eine Sperre für diejenigen existiere, die zuvor keine 45 Stunden in Anspruch genommen hätten und im letzten Kindergartenjahr auf 45 Stunden aufstocken wollten. Es sei ihr zugetragen worden, dass diese Möglichkeit nicht bestehe.

Frau Versteeg-Schulte verspricht, das zu recherchieren.

Stellungnahme der Verwaltung:

„Zu Ihrer Anfrage bzgl. der Deckelung der 45 Std.-Plätze im letzten und beitragsfreien Kindergartenjahr kann ich Ihnen mitteilen, dass im Rahmen der Jugendhilfeplanung veränderte Betreuungsbedarfe zu längeren Betreuungsbedarfen berücksichtigt werden können. Eine Steigerung der wöchentlichen Betreuungszeit auf 45 Stunden gegenüber dem Vorjahr sind daher auch im letzten Kindergartenjahr grundsätzlich möglich. Die landesrechtliche Vorgabe im Rahmen der zweiten Stufe der KiBiz-Revision gibt allerdings eine Begrenzung auf 4 v. H. gegenüber dem Vorjahr vor, um auszuschließen, dass eine Ausweitung der Betreuungszeiten lediglich aufgrund der Beitragsfreiheit unabhängig vom Bedarf eintritt.

Nach dem zuvor beschriebenen Sachverhalt ist also die erteilte Auskunft der Kita-Leitung grundsätzlich richtig, der zu prüfende Einzelfall macht eine Aufstockung möglich, wenn es sich z.B. um berufliche oder soziale Aspekte bei den Eltern handelt.“

Herr Reinke berichtet, dass von Seiten der Spielplatzpaten die Frage an ihn hergetragen worden sei, ob es vom Spielplatz Weizenkamp noch Geräte gebe, die noch nicht verfügt seien und möglicherweise für andere Spielplätze zur Verfügung stünden.



Herr Goldbach antwortet, dass bis auf zwei oder drei Geräte alle zugeteilt seien. Es gebe eine aktualisierte Liste der Standorte der Geräte, die der Bezirksvertretung Mitte zugestellt worden sei. Diese könne dem Protokoll beigelegt werden (**siehe Anlage zu TOP 15**).

Hinweis zur Liste:

Der künftige Standort Seilzirkus wurde zwischenzeitlich durch die Beschlussfassungen der BV Hohenlimburg und des Jugendhilfeausschusses geändert (Gymnasium Hohenlimburg).

Herr Reinke teilt mit, dass es eine Anfrage für einen Spielplatz in Dahl gewesen sei. Dort sei es um kleinere Geräte gegangen.

Herr Strüwer berichtet in dem Zusammenhang, dass er einen Hinweis eines ehrenamtlichen Helfers des Kinderschutzbundes bekommen habe. Dieser habe deutlich gemacht, dass man bei den städtischen Kinderspielplätzen auch darauf achten solle, dass dort Spielmöglichkeiten für behinderte Kinder zur Verfügung stünden. Der Betroffene habe auch angeboten, sich als Spielplatzpate für diese Geräte zur Verfügung zu stellen.

Er bittet die Verwaltung in diesem Zusammenhang darzustellen, welche Möglichkeiten sie sehe, zukünftig speziell auf die Bedürfnisse von behinderten Kindern und Jugendlichen einzugehen.

Ende des öffentlichen Teiles: 18:00 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin